

**Antrag zur 27. Gemeinderatssitzung
vom 23. November 2021**

2021/247 2. Festlegung Gemeindesteuerzuschlag für das Steuerjahr 2021

vertraulich

Antragsteller Gemeindevorsteherung

Sachverhalt Gemäss Gemeindegesetz vom 20. März 1996 Art. 40 Abs. 2 lit. f) obliegt es dem Gemeinderat, den Gemeindesteuerzuschlag für die Vermögens- und Erwerbssteuer festzulegen. Aufgrund der erfreulichen Gemeinderechnungen in den letzten Jahren wurde der Gemeindesteuerzuschlag jeweils auf dem gesetzlichen Minimum von 150 % festgesetzt.

Obwohl für das kommende Jahr nur ein geringes positives Jahresergebnis der Gemeinderechnung veranschlagt wird, schlägt die Gemeindevorsteherung vor, den Gemeindesteuerzuschlag für das Steuerjahr 2021 wiederum mit 150 % festzulegen. In den letzten Jahren wurden erhebliche finanzielle Reserven in der Gemeinderechnung gebildet und die Gemeinde Planken weist per Ende 2020 bei Flüssigen Mitteln in Höhe von rund CHF 9.1 Mio. ein Eigenkapital von rund CHF 26.6 Mio. aus. Die Bildung dieser Reserven erfolgte auch im Hinblick darauf, bei nur geringen Jahresüberschüssen oder allfälligen Defiziten der Erfolgsrechnung dennoch den Gemeindesteuerzuschlag bei 150 % zu belassen. Bei der Berechnung der Vermögens- und Erwerbssteuer für den Voranschlag 2022 wird der Gemeindesteuersatz von 150 % angewendet.

Antrag Die Gemeindevorsteherung beantragt, den Gemeindesteuerzuschlag für die Vermögens- und Erwerbssteuer für das Steuerjahr 2021 auf 150 % festzulegen und diesen Beschluss gemäss Gemeindegesetz vom 20. März 1996 Art. 41 Abs. 2 lit. a) zum Referendum auszuschreiben.

Beschluss Der Gemeinderat beschliesst, den Gemeindesteuerzuschlag für die Vermögens- und Erwerbssteuer für das Steuerjahr 2021 auf 150 % festzulegen und diesen Beschluss gemäss Gemeindegesetz vom 20. März 1996 Art. 41 Abs. 2 lit. a) zum Referendum auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis

Zustimmung

Ablehnung

einstimmig

mehrheitlich

Ergebnis:

